

Internationale Mobilität in der Wissenschaft

Bericht des Vorsitzenden
zu aktuellen Tendenzen im deutschen Wissenschaftssystem,
Herbstsitzungen des Wissenschaftsrates 2009

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine Damen und Herren,

heute möchte ich zum dritten Mal mit Ihnen in ein Gespräch über aktuelle Tendenzen im deutschen Wissenschaftssystem eintreten – wie angekündigt: diesmal (aufgrund von Überlegungen in der Klausur der Wissenschaftlichen Kommission vor einem Jahr) speziell über die internationale Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und ihre Effekte.

Der Fokus liegt also nicht auf der Internationalität der Wissenschaftspolitik oder des Wissenschaftssystems und seiner Institutionen. Es geht auch nicht um die aus der Universalitätsnorm abgeleitete Internationalität der wissenschaftlichen Kommunikation. Vielmehr geht es um die sozusagen menschliche Seite von Wissenschaft: um die Zusammensetzung der im deutschen Wissenschaftssystem tätigen Population und deren Veränderung durch Mobilität auf allen Karrierestufen. Wie es viele von Ihnen erbeten hatten, hat die Geschäftsstelle zur Vorbereitung unserer Diskussion entsprechende Daten und Informationen zur personenbezogenen Internationalität des deutschen Wissenschaftssystems zusammengestellt. Diese Daten will ich hier und heute nicht detailliert analysieren, aber sie sind hoffentlich nützlich dabei, die Thesen einzuordnen und zu bewerten, die ich zur Diskussion stellen möchte.

Noch eine Vorbemerkung: Die Diskussion über internationale Mobilität wird häufig mit einer Auseinandersetzung über die Rolle der Europäischen Union verbunden. Dieses Gebiet will ich heute umgehen, weil wir uns ihm im Mai anlässlich der dann

vorliegenden Empfehlungen zur Rolle der europäischen im Verhältnis zur nationalen Wissenschaftspolitik systematisch widmen werden.

Um für heute ein produktives Gespräch zu ermöglichen, will ich mit drei Thesen beginnen. Ihnen geht es nicht schon um Internationalisierung selbst, sondern um den allgemeinen wissenschaftspolitischen Internationalisierungsdiskurs, darum also, wie über Internationalisierung gesprochen und gestritten wird:

1. Wissenschaft ist auf verschiedenen Ebenen und in unterschiedlichen Hinsichten mal mehr, mal weniger international. Nicht immer ist mehr Internationalität automatisch besser.
2. Internationalisierungspolitik ist immer auch Interessenpolitik. Das ist legitim, sollte aber transparent gemacht werden.

Diese beiden ersten Thesen bereiten die dritte vor, die ich dann etwas ausführlicher zu begründen versuchen werde:

3. Internationalisierung dient mehreren, unterschiedlichen Zielen. Deshalb bedarf sie auch hinreichend komplexer Strategien, die eine vielfältige (und auch widersprüchliche) Realität berücksichtigen.

1. Zur ersten These

Als am 1. Januar 2002 der Euro zum allgemeinen Zahlungsmittel in den Ländern der Euro-Zone wurde, fingen die Deutschen auf einmal an, den Münzen in ihrer Hand Aufmerksamkeit zu schenken. Wann, so fragte man sich gespannt, werde ich den ersten spanischen Euro in der Hand halten? Volkswirte und Soziologen gingen die Frage systematischer an. Sie bemerkten, dass die Mischung der Euro-Münzen Informationen über die Mobilität der Wirtschaftssubjekte zu liefern versprach, und sie fingen an, systematisch entsprechende Daten zu erheben. Dabei testeten sie die Hypothese, ein ungehinderter länderübergreifender Handel würde früher oder später dazu führen, dass die Wahrscheinlichkeit, eine Euro-Münze deutscher Prägung zu erhalten, überall in der Euro-Zone gleich sei. Anders gesagt: Wenn 30,5 % der Euro-Münzen in Deutschland geprägt werden, 12,9 % in Frankreich und 1,1 % in Luxemburg, dann müssten sich irgendwann in jeder Geldbörse überall in der Euro-Zone

30,5 % deutsche, 12,9 % französische und 1,1 % luxemburgische Münzen finden. Dieser Zustand ist offenkundig noch lange nicht erreicht.

Dieses Beispiel ermöglicht ein anschauliches Gedankenexperiment: Wenn die Internationalität eines Wissenschaftssystems oder einer Hochschule in der Heterogenität des Herkommens der Beteiligten liegt, dann wäre so etwas wie ‚vollständige Internationalität‘ dort erreicht, wo die nationale Zusammensetzung der Studierenden und Wissenschaftler eines Landes oder einer Hochschule diejenige der Weltbevölkerung widerspiegelte. Da etwa 1,2 % der Weltbevölkerung Deutsche sind, hieße das: an jeder Universität, gleich ob in Frankreich oder Indonesien, wären in diesem Falle etwa 1,2 % aller Mitglieder deutscher Herkunft – und eben auch an jeder deutschen Universität.

Die Absurdität dieses Szenarios verdeutlicht: Internationalisierungsprozesse haben Grenzen. In Diskussionen über Internationalisierungsstrategien und -politiken muss daher klar werden, aus welchen Gründen es eigentlich um welche Form von und um welches Ausmaß an Internationalität gehen soll.

Manche Formen von Internationalität können zum Beispiel Qualität indizieren, andere aber nicht. Lassen Sie mich das ein wenig konkretisieren:

- Der Anteil der ausländischen Studierenden liegt in Deutschland bei etwa 12 %. Das ist deutlich weniger als in Australien (22,5 %), wo man bekanntlich eine regelrechte Vermarktungsoffensive für das Wirtschaftsgut „tertiäre Bildung“ vor allem in Südostasien gestartet hat, bleibt aber auch hinter Großbritannien (19,5 %) oder der Schweiz (19,3 %) zurück. Der deutsche Wert liegt hingegen über dem der Niederlande (6,4 %) und weit über dem der USA (3,4 %). Sollte dieser Anteil nun also erhöht werden?

Gelungen ist dies in den letzten Jahren beispielsweise in Österreich. Allerdings sind viele der ausländischen Studierenden dort deutsche NC-Flüchtlinge, die von den österreichischen „Gratis-Unis“, wie der Kurier am 14. Oktober diesen Jahres schrieb, „magnetisch“ angezogen werden. Daher die Frage: Was weiß man eigentlich über die Motive ausländischer Studierender in Deutschland, von denen die größte Zahl aus China kommt? Ist es wirklich ein kluges Ziel, den Anteil an ausländischen Studierenden ohne weiteres stetig zu erhöhen?

- Deutsche Nachwuchswissenschaftler sind sehr mobil. Deutschland ist das häufigste europäische Herkunftsland ausländischer Doktoranden sowohl in anderen EU-Staaten als auch in den USA. Gelegentlich sieht man darin einen Beleg für Studienqualität: Deutsche Absolventen scheinen gefragt.

Beachtet man aber, dass das zweithäufigste europäische Herkunftsland ausländischer Doktoranden in anderen EU-Staaten Griechenland ist, wird man bei der Interpretation der Zahlen zurückhaltender werden – nicht weil die Studienqualität in Griechenland anzuzweifeln wäre, sondern weil bekannt ist, dass die internationale Mobilität griechischer Absolventen auch eine Flucht vor der Perspektivlosigkeit eines massiv unterfinanzierten, sehr starren Wissenschaftssystems ist. Nur wenn wir sicher wären, dass es sich in unserem Fall anders verhält, wäre ein gewisser Stolz auf die hohe Nachfrage nach deutschen Absolventen gerechtfertigt.

- Als besonders international gilt die Schweiz. Fast 45 % ihrer Professorinnen und Professoren sind Ausländer. Von denen stammen aber fast 70 % aus jenen Nachbarländern (45 % allein aus Deutschland), die mit den jeweiligen schweizerischen Kantonen einen Sprachraum bilden. Aus Nordamerika zum Beispiel kommen demgegenüber nur 5 % der ausländischen (also rund 2,5 % aller) Professorinnen und Professoren der Schweiz.

Das ist freilich kein Anlass zur Zufriedenheit mit dem Ausländeranteil in der deutschen Professorenschaft, der insgesamt bei etwa 5,3 %, an den Universitäten bei 6,4 % liegt. Aber es ist Anlass, beim wissenschaftspolitischen Urteil die jeweiligen nationalen Spezifika zu berücksichtigen.

Selbstverständlich kann die Internationalität eines Wissenschaftssystems durchaus Hinweise auf dessen Leistungsfähigkeit geben; es fällt ja etwa auf, dass Länder, deren wissenschaftliche Einrichtungen besonders international sind, in den ersten Runden des ERC-Verfahrens relativ erfolgreich waren. Aber weder ist das ein strikter Zusammenhang, noch sind die Kausalitäten eindeutig. Deswegen gilt ein erstes Fazit: Nicht immer ist hohe Internationalität ein Zeichen für Qualität; und nicht immer wird sich allein durch Internationalisierung wissenschaftliche Leistungsfähigkeit steigern lassen.

2. Zur zweiten These

Internationalisierungspolitik ist immer auch Interessenpolitik; zunächst gewiss Politik in nationalem Interesse. Man kann in diesem Zusammenhang dann argumentieren, ‚der‘ Steuerzahler, mit dessen Geld öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen finanziert werden, erwarte einen *return on investment*. Die Obama-Administration hat derartige Interessen offen zu erkennen gegeben mit dem Ziel, in den nächsten zwei Jahren bis zu 15.000 Forscher zusätzlich aus dem Ausland für die USA rekrutieren zu wollen. China baut die Stipendien für im Ausland promovierende Chinesen massiv aus, knüpft deren Vergabe allerdings vielfach an eine Rückkehr; kommt es dazu nicht, entsteht für die Stipendienempfänger eine Rückzahlungsverpflichtung, die teilweise sogar deren Familien bindet.

Nicht immer ist die Lage freilich derart eindeutig: Nationale Interessen verstehen sich nicht von selbst, sie sind komplex und können in sich widersprüchlich sein.

Es handelt sich also um ein Problem auf mehreren Ebenen:

Zum einen muss man bei der Beobachtung internationaler Entwicklungen und der Formulierung von Internationalisierungsstrategien berücksichtigen, dass internationale Mobilität immer auch Folge individueller Entscheidungen und persönlicher Präferenzen ist. Auf sie wirken neben Gehalt, Ausstattung und Anerkennung auch viele andere soziokulturelle Faktoren wie etwa das jeweilige Sozialversicherungssystem, das Schulangebot oder die Sprache ein. Über solche Faktoren können weder die wissenschaftlichen Einrichtungen noch auch die Wissenschaftspolitik frei disponieren. Vielfach – Stichworte wären Visapolitik oder Portabilität von Zusatzversicherungsansprüchen – bedarf es mindestens ressortübergreifender Kooperation auf Seiten der Politik. In anderen Fällen braucht es Allianzen zum Beispiel mit Kommunen und lokalen Unternehmen, die indes nur wirksam werden können, wenn man schon möglichst viel über die Motive und Interessen der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler weiß, deren internationaler Mobilität befördert werden soll.

Andererseits gibt es selbstverständlich institutionelle Interessen, die weder in sich stimmig sein noch mit politisch formulierten nationalen oder europäischen Interessen immer kongruieren müssen. Die verlockende Ausmalung des entstehenden Europäischen Hochschul- und Forschungsraum als eines Areal, in dem sich cooperation

and competition besser entfalten können, mag durchaus reale Interessenkonflikte zwischen wissenschaftlichen Organisationen und Institutionen verdecken. Hinsichtlich ihrer internationalen Rekrutierungsstrategien konkurrieren Universitäten und Forschungsinstitute auf nationaler Ebene ebenso miteinander wie auf internationaler. Eine Stärkung einzelner Einrichtungen im internationalen Wettbewerb ist stets zugleich eine Verschärfung der innerstaatlichen Konkurrenz.

Deswegen gilt auch ein zweites Fazit: Man muss individuelle und institutionelle Interessen ebenso präzise berücksichtigen wie die Spannungen und Konflikte zwischen ihnen, wenn nationale Interessen strategisch klug verfolgt werden sollen.

3. Zur dritten These:

Aus allem Gesagten folgt, dass Internationalisierung qua erhöhter Mobilität kein Selbstzweck ist. Sie ist ein Mittel zur Erreichung anderer Zwecke. Und wenn man diese offen legt, dann wird erkennbar, dass sich aus diesen Zwecken durchaus divergierende Anforderungen an die Internationalisierungspolitik ergeben. Lassen Sie mich, ganz ohne Anspruch auf Vollständigkeit, wenigstens fünf verschiedene Ziele nennen, denen man näher kommen kann auf dem Wege einer Steigerung der internationalen Mobilität im Wissenschaftssystem – und hierauf will ich mich beschränken, institutionelle Kooperationen oder internationale Förderprogramme wären ein anderes Thema. Also:

- Internationale Mobilität ermöglicht erstens weltweite wissenschaftliche Kommunikation. Wissenschaftliche Kommunikation ist mehr und anderes als bloßer Informationsaustausch, zu ihr gehören auch die gemeinsame Arbeit an Objekten und Geräten, die Weitergabe von Know-how, der alltägliche Austausch, der Erwerb von Sprachen und implizitem Wissen und vieles andere mehr, was ohne persönlichen Kontakt nicht gelingen kann. Weil wissenschaftliche Wahrheitsansprüche universal erhoben werden müssen, setzen sie also ein Mindestmaß an internationaler Mobilität von Studierenden und Forschenden zwingend voraus; ich will dieses Internationalisierungsziel mangels eines besseren mit dem Wort „Vernetzung“ bezeichnen.

- Zweitens ist es wichtig, dass Studierende im Studium kulturelle und sprachliche Pluralität als gesellschaftlichen Reichtum erleben. Fremdheitserfahrungen fördern soziale Kompetenz, Selbstvertrauen und Toleranz. Auslandserfahrungen während des Studiums oder der weiteren wissenschaftlichen Laufbahn sind eine große Bereicherung. Lassen Sie mich dieses Ziel von Internationalisierung als „Bildung“ bezeichnen – und dass im Hinblick auf solche bildungsförderliche Vielfalt Internationalität nur eine von mehreren Dimensionen ist, versteht sich ja.

Es ist übrigens auch bekannt, dass der Anteil der Frauen, der Personen aus sozial benachteiligten Familien oder der Bildungsinländer mit Migrationshintergrund sinkt, je weiter man auf der wissenschaftlichen Karriereleiter nach oben bewegt. Internationalisierungspolitik, die auf kulturelle Diversität ausgeht, tut deshalb gut daran, gleichstellungs- und integrationspolitische Fragen nicht zu ignorieren.

- Internationale Mobilität besitzt drittens eine außen-, kultur- und entwicklungspolitische Dimension, für die ich abkürzend das Stichwort „Verantwortung“ verwende.

Bei den ausländischen Studierenden in Deutschland kommt der größte Teil aus mittel- und osteuropäischen Staaten, es folgen Studierenden asiatischer Herkunft, und knapp ein Zehntel der ausländischen Studierenden kommt aus Afrika. Der Mehrzahl dieser Herkunftsländer ist bei allen Unterschieden doch dies gemeinsam, dass sie größtenteils über weniger weit entwickelte und deutlich schlechter finanzierte Wissenschaftssysteme verfügen als Deutschland. Auch deshalb ist die Bundesrepublik für solche Studienbewerber attraktiv, wo man ein weltweit anerkanntes Studium zu geringen Kosten erhalten kann. Es mag übrigens aus deutscher Sicht dabei auch wichtig sein, gute Beziehungen zu den Eliten jener Länder zu pflegen oder begabte Leute von dorthier zu rekrutieren. Gerade deswegen stecken aber in solchen Asymmetrien auch Risiken: gute und dauerhafte Beziehungen und eine friedliche, menschenwürdigen Entwicklung wird es nur geben können, wenn die Beziehungen nicht nur einseitig sind, wenn also die genannten Regionen nicht „ausbluten“, sondern eigene wissenschaftliche Institutionen aufbauen, die sie langfristig auch zu Zielländern wissenschaftlicher Mobilität werden lassen.

- Sozusagen ein Gegenstück zu diesem dritten Ziel ist das vierte, dieses nämlich, zu den „Wanderungsgewinnern“ der internationalen Mobilität gehören zu wollen,

also einen positiven Wanderungssaldo aufzuweisen. Das aber heißt: Auswanderung deutscher Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wäre insofern skeptisch, Einwanderung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler nach Deutschland wäre hingegen grundsätzlich positiv zu bewerten. Lange war dieses Bewertungsmuster unter dem Stichwort Brain Gain im Gespräch. Heute gehört es zum guten Ton, statt dessen für Erleichterungen von Brain Circulation zu eintreten.

Doch diese Sprachregelung macht es sich zu einfach. Auch hinter dem Brain Gain-Schlagwort steckt ja ein berechtigtes nationales Interesse, das durch demographische und Globalisierungsentwicklungen an Bedeutung noch gewinnen wird: das Interesse nämlich, schwerwiegende gesellschaftliche und wirtschaftliche Probleme zu vermeiden, die aus dem wachsenden Mangel an qualifizierten Arbeitskräften entstehen können. Will man in diesem Zusammenhang den Beitrag von Mobilität in der Wissenschaft einschätzen, dann lohnt sich wiederum ein Blick auf die tatsächlichen Mobilitätsmuster:

Diesem Blick zeigt sich erstens, dass die Bundesrepublik im quantitativ dominierenden Bereich, bei den Studierenden, zu den Nettogewinnern gehört – es kommen viel mehr ausländische Studierende nach Deutschland als Deutsche im Ausland studieren.

Zweitens ist Deutschland offenbar auch für Doktoranden nicht unattraktiv. Zwar ist in Ländern wie den USA und dem Vereinigten Königreich, die wir um ihre internationale Attraktivität beneiden, der Ausländeranteil unter den Promovierenden deutlich größer als unter den Studierenden, in den USA fast zehn Mal so groß. Doch scheint hier auch die Bundesrepublik auf keinem schlechten Weg zu sein: Der Anteil der an Ausländer verliehenen Promotionen ist seit 2001/2 deutlich gestiegen und liegt heute mit gut 14 % deutlich über dem Ausländeranteil von 10 % bei den Studienabsolventen. Deutschland ist seit Ende der 90er Jahre für ausländische Doktoranden erkennbar attraktiver geworden.

Für den Wanderungssaldo ist freilich, drittens, der weitere Verbleib deutscher Doktoranden im Ausland nicht weniger wichtig. Und dazu lässt sich sagen: Die Quote derjenigen Deutschen, die nach Abschluss einer Promotion in den USA dort

verbleiben, ist – im europäischen Vergleich – keineswegs besonders hoch. Die Bundesrepublik hat nicht größere Schwierigkeiten damit als andere europäische Länder, Nachwuchswissenschaftler zur Rückkehr in die Heimat zu motivieren. Beachtung verdient dabei, dass die Verbleibsquote während der ersten fünf Jahre nach Abschluss der Promotion relativ konstant ist: Am leichtesten ist die Rückkehr direkt im Anschluss an die Promotion. Es kommt hinzu, dass die Bundesrepublik nur relativ wenige ausländische Postdoktoranden anzuziehen vermag – deutlich weniger als etwas Großbritannien. Und das heißt zusammengefasst: Hier liegt offenbar – und erst recht im internationalen Vergleich – eine ‚Problemzone‘. Das deutsche Wissenschaftssystem verfehlt jenes Zeitfenster, in welchem sich Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler aus dem Ausland noch für eine Karriere in Deutschland gewinnen lassen.

Überdies fällt auf, dass auf allen Karrierestufen insbesondere innereuropäische Mobilität die genannten Wanderungssalden bestimmt und dass Deutschland insgesamt in einer „Ostwinddrift“ liegt: Hierher kommt man typischerweise von Osten (Osteuropa, Asien), ins Ausland geht man eher nach Westen (Westeuropa, USA).

Deutschland erzielt erhebliche Wanderungsgewinne aus Russland, China, Indien und Polen. Eine ausgeglichene Bilanz besteht zu den Niederlanden, Frankreich und Kanada, während Deutschland an die Schweiz, Großbritannien und die USA Wissenschaftliches Personal verliert.

Internationalisierungsstrategien müssen also beide Richtungen bedenken: Einerseits ist wichtig, dass diejenigen, für die die Bundesrepublik attraktiv ist, hier erfolgreich studieren und dann gut in den wissenschaftlichen wie außerwissenschaftlichen Arbeitsmarkt integriert werden; das erfordert unter anderem geeignete Studienangebote, Sprachkurse und Beratungsleistungen. Andererseits liegt es – um diese Formel noch einmal zu gebrauchen – im nationalen Interesse, sich um diejenigen zu bemühen, die Deutschland westwärts verlassen wollen oder die aus der Schweiz, Großbritannien oder den USA zurückkommen sollen. Attraktivere und kalkulierbare Karrierewege spielen dabei eine herausgehobene Rolle. Und offenbar ist vor allem die Phase direkt nach der Promotion der günstigste Zeitpunkt; etwa mit Beratungsangeboten noch während der Promotionsphase könnte man auf diesen Umstand reagieren.

Meine letzte Bemerkung zu diesem Problemfeld ‚Wissenschaftssystem und Fachkräftemangel‘ lenkt nochmals von der grenzüberschreitenden Mobilität ins Inland zurück: Die Daten, die Ihnen vorliegen, zeigen auch, dass der Anteil der Ausländer unter den Studierenden in Deutschland nicht zuletzt zu tun hat mit der hohen Quote an so genannten Bildungsinländern – jenen also, die einen ausländischen Pass haben, bereits ihre Hochschulzugangsberechtigung aber in Deutschland erworben haben. Überwiegend sind das Personen mit türkischer, italienischer, griechischer oder kroatischer Staatsbürgerschaft. Diese Bildungsinländer machen etwa ein Viertel aller ausländischen Studierenden aus. Ihr Anteil unter den Ausländern, die eine Promotion abschließen, liegt hingegen bei unter 3 % – bezogen auf die Gesamtheit der Promotionen in Deutschland ist das eine Quote von 0,4 %.

Was immer dabei sonst noch eine Rolle spielen mag: Diese Quote wirft ein grelles Licht auf ein Problem, das auch im Integrationsbericht der Bundesregierung angesprochen wird. Das Bildungssystem verliert auf jeder Stufe in Deutschland aufgewachsene Personen mit (wie man so sagt:) Migrationshintergrund in erheblicher Zahl. Eine Änderung dieser prekären Verhältnisse wäre nicht allein ein beachtlicher Beitrag der Wissenschaft zur gesellschaftlichen Integration der Bundesrepublik. Sie würde auch die Zahl ausländischer Staatsbürger, welche wissenschaftliche Karrieren in Deutschland anstreben, um bis zu 25 % erhöhen können – und zwar ohne dass über Anwerbungen aus dem Ausland auch nur nachgedacht werden müsste.

- Schließlich ein fünftes und letztes Ziel: Mobilität soll dazu dienen, „weltweit führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aller Fachgebiete aus dem Ausland“ zu gewinnen, „von denen erwartet wird, dass ihre [...] wissenschaftlichen Leistungen zur internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Forschungsstandortes Deutschland nachhaltig beitragen“.

Ich möchte vom „Exzellenz“-Ziel sprechen. Es steht im Mittelpunkt auch der Internationalisierungsstrategie der Bundesregierung und wird mit einer Reihe von Instrumenten gefördert: darunter die Alexander von Humboldt-Professur (deren Ausschreibungstext ich eben zitiert habe) und andere Maßnahmen wie der Abbau des Vergaberahmens bei MPG, FhG und HGF, welche die Rekrutierung ausländischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erleichtern werden. All das ist

richtig und wichtig und muss doch auch in seinen Nebeneffekten sorgfältig beobachtet werden: So wichtig es ist, im Einzelfall höhere Gehälter oder besondere Ausstattungsbedingungen anbieten zu können, so wenig – das war meine zweite These – darf vergessen werden, dass internationale und nationale Konkurrenzlagen stets interferieren.

Das Risiko besteht in Überbietungsspiralen (wie in der Champions League oder im Bankensystem), die dazu führen würden, dass die Anwerbung einzelner Spitzenkräfte – deren Zahl zu gering ist, als dass sie in den Statistiken zur internationalen Mobilität überhaupt aufschiene – damit erkaufte wäre, dass die Bedingungen etwa für Nachwuchswissenschaftler (und zwar: gleich welcher Herkunft) sich erheblich verschlechtern.

4.

Meine Damen und Herren,

Vernetzung, Bildung, Verantwortung, positive Wanderungssalden und Exzellenz: fünf Gründe für die Förderung von Mobilität im Wissenschaftssystem – und zwar: auf allen Karrierestufen, über die unterschiedlichsten Staatsgrenzen hinweg und in verschiedenen Zeithorizonten.

Es kommt daher auch darauf an, falsche Schlüsse zu vermeiden, die zu einer Renationalisierung von Wissenschaftspolitik führen könnten und sich auf die Betrachtung bloß von Wanderungssalden beschränken würden; dann erschiene nämlich Mobilität weniger als Chance, denn als Gefahr. Sie ist aber im Hinblick auf alle fünf genannten Ziele erforderlich. Die Internationalität der in der Bundesrepublik forschenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und das Geflecht der Kooperationen mit anderen Ländern sind eine Resultante aus Mobilität, Attraktivität und eigener Ausbildungsleistung. Wenn aber spezifische politische Ziele ein Einwirken auf gegebene Mobilitätsmuster nahe legen, dann sollten Leistungsfähigkeit und Attraktivität des deutschen Wissenschaftssystems unseres Systems auch vermittels spezifischer Maßnahmen weiter verbessert werden – und dann sollte stets mitbedacht sein, dass solche Maßnahmen immer auch konkurrierende Interessen so oder so mit tangieren werden.